Hauptabteilung Politik und Beratung

KONFERENZ BERICHT

Karl-Heinz Kamp

28. März 2007

4. Deutsch-Französisches Strategieforum

Afrika: Ein vergessener Kontinent?

Berlin, 27. März 2007

Am 27. März organisierte die KAS zusammen mit dem Institut Francais des Relations Internationales (IFRI) zum vierten Mal einen deutsch-französischen Sicherheitsdialog. Parlamentarier, Diplomaten, Wissenschaftler und Militärs diskutierten die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Subsahara-Afrika. Dabei konzentrierten sich die Debatten auf drei Themenbereiche:

- Krisen und Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent
- Regionale und globale Interessen
- Krisenmanagement und Konfliktlösung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

Tel. 030 26996 3519
Fax 030 26996 3551

eMail zentrale-pub@kas.de
Internet www.kas.de

Das Thema „Afrika“ bietet sich für einen deutsch-französischen Sicherheitsdialog an, da die Positionen der beiden Länder gegenüber dem afrikanischen Kontinent unterschiedlich sind. Während Frankreich – historisch bedingt – eine aktive Afrikapolitik betreibt (und auch die frühere Beschränkung auf das frankophone Afrika aufgegeben hat), spielt das Thema in Deutschland kaum eine Rolle. Gleichzeitig ist es für die französische Regierung leichter, sich militärisch in internationalen Krisen zu engagieren, da sie nicht auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen ist. In Deutschland hat demgegenüber das fehlende Interesse an Afrika zur Folge, dass Parlament und die Öffentlichkeit nur Militäreinsätze akzeptieren, die als weitgehend ungefährlich gelten und damit nur selten aufgabengerecht sind.

Ungeachtet dieser unterschiedlichen Ausgangslage war in einer Vielzahl von Einzelfragen Konsens festzustellen.

Krisen und Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent

- Das Spektrum der Konfliktursachen in Afrika - Stammeskonflikte, wirtschaftliche Hintergründe (Diamanten), Kriminalität, religiöse Auseinandersetzungen – ist überaus breit. Es lässt sich aber in den meisten Fällen auf das Problem der „Bad Governance“ reduzieren.

- Regionale Konfliktregelung wird durch Wanderungsbewegungen von Menschen und Waffen erschwert. Wird eine Region befriedet, weichen die Kämpfer in Nachbargebiete aus und/oder verkaufen die Waffen gewinnbringend in andere Regionen. Darüber hinaus besteht in Kriegsökonomien bei den Nutznießern der Kämpfe (Waffenschmuggler, Söldner, Händler, Warlords) kein Interesse an einem Friedensschluss.

- In Afrika zeigt sich eine grundsätzliche Schwäche westlicher Demokratien hinsichtlich des vorbeugenden Krisenmanagements: Finanzmittel lassen sich für militärisches Handeln politisch eher rechtfertigen, als für politisch-präventives Handeln. So kostet die UN-Mission im Kongo (MONUC) etwa eine Milliarde USD. Ein solcher Betrag wäre für zivile Missionen vorab niemals bereitgestellt worden.

Regionale und globale Interessen

- Konsens bestand, dass man nicht jede Krisenregion Afrikas wird befrieden können. Es muss also Kriterien für die Entscheidung über ein ziviles oder militärisches Engagement geben. Gerade von deutscher Seite wurde betont, dass auf der Basis von „Interessen“ entschieden werde müsse. Allerdings blieb meist vage, welche „Interessen“ im Einzelfall zur Beurteilung herangezogen würden. So können – wie etwa bei der EU-Mission im

Kongo – politische Gründe oder Interessen für ein Engagement sprechen, die mit der Krisensituation vor Ort nur wenig zu tun haben.

- Zunehmend treten in Afrika globale Akteure auf, die ein gemeinsames Handeln in der Region erschweren. China unterläuft mit seinem teileweise aggressiven Engagement zum Zweck der eigenen langfristigen Energieversorgung die Grundlagen westlicher Entwicklungszusammenarbeit. Während westlich Demokratien ihr Engagement in Afrika konditionieren, d. h. an konkrete Entwicklungen vor Ort binden (Menschenrechte, Good Governance), lehnt China solche Konditionen als Einmischung in innere Angelegenheiten ab.

- Afrikanische Länder versuchen mit zunehmendem Erfolg, ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Frankreich leistet erhebliche Hilfe beim Aufbau gemeinsamer militärischer Strukturen. Allerdings darf man die Möglichkeiten der „Afrikanischen Union“ (AU), eigene Friedenstruppen zu mobilisieren oder Stabilisierungsoperationen durchzuführen, nicht überschätzen. In vielen europäischen Staaten herrscht die Illusion vor, eigenes Engagement „outsourcen“ zu können, in dem man der AU materielle Unterstützung zukommen lässt.

- Gerade weil die AU – ungeachtet ihrer eigenen Bekundungen und Ambitionen – nach wie vor militärisch schwach ist, wurde die Idee einer „African Stand By Force“ aufgebracht. Hierfür konnte aber der erforderliche politische Konsens bislang noch nicht erzielt werden.

Krisenmanagement und Konfliktlösung

- Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine militärische Operation nur ein Teil eines „Einsatzes“ zur Befriedung oder Stabilisierung einer Region sein kann. Ziviler Wiederaufbau, Reform des Sicherheitssektors oder Aufbau eines Rechtssystems sind von ebenso großer Bedeutung. Trifft dies zu, so ist der teilweise ideologische Streit, ob eine militärische Operation von der NATO oder der EU organisiert werden soll, fruchtlos. Die NATO besitzt militärische Fähigkeiten, nicht aber Kapazitäten für den zivilen Wiederaufbau. Die EU wird dagegen auf absehbare Zeit nur über äußerst begrenzte militärische Fähigkeiten verfügen. Allerdings ist Europa – nicht zuletzt aufgrund seiner Finanzkraft - zum „Global Player“ im Bereich der nicht-militärischen Sicherheitspolitik (Wiederaufbau oder „Nation Building“) aufgestiegen. Somit kann es nur um ein gemeinsames Handeln von EU und NATO gehen – zumal ohnehin 21 von 26 NATO-Mitgliedern auch der EU angehören.

- Die EU-Operation zur Absicherung der Wahlen im Kongo ist ein Beispiel dafür, wie – ungeachtet der politischen Bekenntnisse für das Engagement in der Region – die Motive der Handelnden von ganz anderen Faktoren bestimmt sein können. Ziel Frankreichs war nicht zuletzt, mit der Kongo-Mission die militärische Handlungsfähigkeit der EU belegen zu wollen. Deshalb war der naheliegende Rückgriff auf die Planungskapazitäten der NATO von vornherein ausgeschlossen worden. Deutschland hatte sich aus politischen Gründen dem Bestreben Frankreichs angeschlossen. Auch hatte die UN-Abteilung für Friedenseinsätze (DPKO) schriftlich um eine Absicherung der Wahlen im Kongo gebeten, ohne dass die kongolesische Regierung oder die UN-Truppen im Kongo (MONUC) darüber informiert waren. Daraus ergaben sich erhebliche Reibungsverluste zwischen den einzelnen Akteuren, die den Erfolg einer solchen Mission gefährden können.

Übereinstimmung bestand, dass das gerade in Deutschland zu beobachtende mangelnde Interesse an Afrika der strategischen Bedeutung des Kontinents immer weniger gerecht wird. Subsahara-Afrika ist sowohl als Energie- und Rohstofflieferant, als auch als potentieller Rekrutierungsraum für islamistischen Terrorismus relevant. Es ist kein Zufall, dass die Streitkräfte der USA ein eigenes Kommando für Afrika einrichten. Somit wird auch Europa gerade sicherheitspolitisch ein größeres Augenmerk auf die Region richten müssen.